

Standort Schweiz

# Interessenspolitik mit Kollateraleffekten

**Schlau haben sie es eingefädelt, die grossen Uhrenmacher der Schweiz. Um ihre Swissness-Ziele zu erreichen, haben sie sich politisch mit den Bauern zusammen getan. Diese sollen ihnen Schutz vor Kopisten in aller Welt geben. Es gilt: Wo Schweiz drauf steht, soll auch Schweiz drin sein. In der Uhrenindustrie fallen nicht Gold, Metall oder Schrauben ins Gewicht, sondern vornehmlich Innovationen. Bei den Bauern dagegen geht es um die subventionierten Nahrungsmittel, die der verarbeitenden Industrie sozusagen regional exklusiv per Gesetz angedient werden. Ohne die heimischen Rohstoffe verlören die Schweizer Lebens- und Genussmittel-Produzenten Schweizer Kreuz und Swissness. Über das sogenannte „Schoggi-Gesetz“ wurden die im Vergleich zum Ausland viel höheren Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse gegenüber der inländischen Industrie verbilligt und so das Monopol der Schweizer Bauern mit öffentlichen Geldern gegenüber der Industrie kompensiert.**

Inzwischen ist klar, dass diese Absatzgarantie der Landwirtschaft gegenüber der Lebensmittelbranche nicht von Dauer ist. Die WTO (World Trade Organisation) hat jüngst beschlossen, dass staatliche Subventionen für Exportprodukte künftig nicht statthaft sind. Die Uhrenindustrie hat sich in der Swissness-Vorlage dank der Kooperation mit den Landwirtschaft-Lobbyisten im Parlament durchgesetzt. Mit dem Resultat,

dass die Bauern inzwischen das Nachsehen haben und ebenso die Schweizerische Nahrungsmittelindustrie. Die Bauern verlieren Kunden und die Lebens- und Genussmittelproduzenten ihre Swissness.

## Swissness-Gesetz stiftet Schaden für viele und Nutzen für wenige

Wer günstiger seine Rohprodukte im Ausland beziehen will oder sogar muss, dem wird das Schweizer Kreuz samt Swiss Made entzogen. Wen schon der harte Schweizer Franken dazu zwingt, im Ausland ein weiteres Standbein zu eröffnen, dem ist inzwischen durch die kurzfristige Gesetzgebung auch noch der letzte Wettbewerbsvorteil für den Produktionsstandort Schweiz entzogen worden. Wen wundert's, wenn die alten Schweizer Marken künftig vom Denkmalschutz und den Museen betreut werden. Dazu können gleich die alten Fabrikgebäude in der Schweiz übernommen und die historische Bewältigung der Made in Switzerland-Strategie mit unerwartetem Ausgang pädagogisch verarbeitet werden.

Nun werden der Schweizer Politik weitere Dossiers landwirtschaftlicher Interessenspolitik zur Entscheidung vorgelegt. Im Kanton Zürich namentlich mit der Kulturland-Initiative, auf Eidgenössischer Ebene die Initiative zur Ernährungssicherheit. In diesen Fällen legen sich nicht die Uhrmacher in ein Lotterbett mit den Landwirten, sondern die linksgrünen Organisationen und Parteien, Umweltaktivisten, die Natur- und

Landschaftsschützer, die Fischer und allen voran der Bauernverband, der mehr als nur Besitzstandswahrung um jeden Preis durchsetzen will. Als Bedrohung werden Importe von Nahrungsmitteln auf der einen Seite und die Besiedelung der dörflichen Gebiete auf der anderen Seite hochgespielt. Letztendlich geht es aber auch hier um Absatz- und Umsatzsicherung für die Bauern und die Pflege des ländlichen Charakters in den Agglomerationen.

## Teuer zu erkaufende Landwirtschaftsgarantien

Ausgeblendet wird zum Beispiel die Tatsache, dass beim beklagten Verlust landwirtschaftlicher Flächen inzwischen die Verwaldung vor der baulichen Ausdehnung in den Siedlungsgebieten Probleme schafft. Wenn die letzten Entwicklungsreserven im Kanton Zürich oder anderswo trotzdem noch mehr gesetzlich beschränkt werden, so bezahlen das die Mieterinnen und Mieter über höhere Mieten aufgrund steigender Grundstückspreise und Erneuerungskosten im Bestand. Sie bezahlen es auch als Konsumentinnen und Konsumenten dank saisonaler Spitzenpreise aus einheimischer Produktion. Weitere Mengenausdehnung führt zu mehr Importen von Düngemitteln, Chemie- und Futtermitteln für eine überdimensionierte Nutztierhaltung oder zu einer Überproduktion von Zuckerrüben, chancenlos gegenüber dem Weltmarkt oder von Hülsenfrüchten, denen bald keine Abnehmer einheimischer Lebensmittelindustrie mehr gegenüber

stehen. So wie die Nahrungsmittel-Industrie über das wohl gut gemeinte Swissness-Gesetz aus dem Land vergrault wurde, so suggeriert die Initiative zur Ernährungssicherheit erneut mehr Swissness, ohne zu sagen, dass dies nur über höhere Subventionen für die Landwirtschaft und mit deutlich mehr Importen ausländischer Futter- und Düngemittel erkaufte werden muss. Wo Schweiz drauf steht, soll auch Schweiz drin sein. Dieses von den Bauern selbst lancierte Versprechen ist vielfach nicht oder nicht mehr erfüllbar, ob auf der Fleisch- oder Gemüseplatte, und nicht nur dort.

Die Forderungen der Landwirtschaft werden aber darüber hinaus Verhandlungen mit wichtigen Exportpartnern der Schweiz für Freihandelsabkommen schon im Vorfeld fast verunmöglichen, weil die Schweiz sich für internationale Verhandlungspartner für Nahrungsmittel nicht mehr öffnen dürfte. So ist absehbar, dass die Eigeninteressen der Landwirte vielleicht gut gemeint sind, aber in den Auswirkungen zu einer weiteren Schwächung des Industriestandortes Schweiz führen werden. Der Preis ist Verlust von qualifizierten Arbeitsplätzen, eine weiterer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit und Einbussen in Wohlfahrt und Wohlstand des Standortes Schweiz. De-Industrialisierung wird dannzumal mehr als nur ein Schlagwort sein. Bei allem Verständnis für die Anliegen einer stark unter Druck stehenden Landwirtschaft: Wer übernimmt die Verantwortung für Kollate-

ralschäden und wer ist bereit, den Preis dafür zu bezahlen? Auch diesmal scheint es, das wenige profitieren und viele dafür aufzukommen haben. So einer Politik entbehrt jeder Swissness, auch wenn Swissness darauf stehen sollte.



Der 66-jährige Robert E. Gubler ist Kommunikationsfachmann, ist verheiratet und lebt in Wädenswil. Robert E. Gubler ist Gründer und Partner der Communicators Zürich AG, Vorstandsmitglied beim Schweizerischen Gewerbeverband und Treuhänder sowie Vorsitzender des Forums Zürich. Robert E. Gubler wandert und fährt Ski.

Lohndumping-Initiative

## Lohndumping-Initiative – Konsequenzen für das Gewerbe



Josef Wiederkehr, Bauunternehmer in vierter Generation, Kantonsrat und Präsident des Schweizerischen Gerüstbau-Unternehmerverbandes (SGUV).

**Die Unia hat eine Volksinitiative gegen Lohndumping lanciert und medienwirksam beworben. Doch gegen Lohndumping wird diese Initiative wenig ausrichten können. Hingegen bedroht sie die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich und somit auch Arbeitsplätze.**

Seit längerer Zeit lässt die Unia keine Möglichkeit aus, um die Baubranche in ein schlechtes Licht zu stellen. Bedauerlich, denn die Branche bietet sehr gute Arbeitsbedingungen und hervorragende Aufstiegsmöglichkeiten. Und gemessen am gesamten Bauvolumen handelt es sich bei den angeprangerten Lohndumping-Vorfällen um Einzelfälle im Promillebereich. Auch wenn diese ärgerlich sind,

darf nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen werden. Trotzdem stürzen sich die Medien jeweils angeheizt von der Unia auf das Thema und dramatisieren den Sachverhalt.

### Guter Lohn für gute Arbeit

Jeder seriöse Unternehmer verurteilt Lohndumping und unterstützt dessen angemessene und konsequente Bekämpfung, damit alle Unternehmer mit gleich langen Spiessen im Markt agieren können. Als verantwortungsbewusster Unternehmer ist es mir wichtig, dass gute Arbeit auch entsprechend entlohnt wird und diese Meinung wird glücklicherweise von der grossen Mehrheit meiner Branchenkollegen geteilt. Sie setzen sich entsprechend dafür ein, dass Missbrauchsfälle wirkungsvoll bekämpft werden. Die Paritätischen Kommissionen haben hierfür wirkungsvolle Instrumente, welche sich seit Jahren bewähren.

### Gefährliche Unia-Initiative

Völlig unverhältnismässig ist hingegen die Volksinitiative der Unia, über welche wir im Februar 2016 abstimmen werden. Wird sie angenommen, hätte der Kanton komplette Baustellen oder Betriebe zu schliessen, falls nur schon ein Verdacht auf Lohndumping aufkommt. Sämtliche Arbeitnehmer müssten dann ihre Arbeit unterbrechen bis der Fall geklärt ist, was

erfahrungsgemäss nicht nur Tage, sondern Wochen bzw. Monate dauert. Damit unterwandert diese Initiative nicht nur die bewährte Sozialpartnerschaft, sondern setzt auch gleich die in unserem Rechtssystem verankerte Unschuldsvermutung ausser Kraft. Dies ist rechtswidrig. Und die Konsequenzen wären weitreichend. Stellen sie sich vor, ihr Lieblingsrestaurant würde geschlossen, weil jemand den Verdacht äussert, in der Küche arbeite jemand ohne Arbeitsbewilligung. Das weniger erfolgreiche Nachbarslokal würde wohl keine Sekunde zögern, um davon Gebrauch zu machen. Dem Denunziantentum würde Tür und Tor geöffnet.

### Initiative widerspricht Rechtssystem

Auch verfassungsmässig geschützte Rechte wie der Anspruch auf rechtliches

Gehör oder die Verhältnismässigkeit würden krass verletzt. Damit untergräbt Unia-Initiative die Sozialpartnerschaft, verstösst gegen Bundesrecht und gefährdet grundsätzlich die gesamte Wirtschaft und damit auch unsere Arbeitsplätze. Dies kann doch nicht der sinnvollste Weg sein! Es ist bedauerlich, dass sich die Unia nicht innerhalb der Sozialpartnerschaft für Lösungen stark macht. Statt Probleme anzugehen, zieht sie es vor, sie medienwirksam zu bewirtschaften. Damit kann sie zwar mehr Mitglieder anlocken, schadet jedoch der Wirtschaft und vor allem auch den Arbeitnehmern selbst.

### Verantwortungsvolle Auftraggeber

Wollen wir Lohndumping nachhaltig bekämpfen, müssen wir weiterhin auf die bewährten sozialpartnerschaftlichen Ins-

trumente setzen und die paritätischen Kommissionen bestmöglich unterstützen. Daneben kann vor allem der Auftraggeber einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung von Lohndumping und Schwarzarbeit leisten. Eine sorgfältige Auswahl der Unternehmungen bei der Auftragsvergabe ist zentral. Zur Überprüfung der GAV-Konformität können entsprechende Belege verlangt werden oder man zieht die zuständigen paritätischen Kommissionen bei der Prüfung gleich mit ein.

Letztendlich müssen wir alle unseren Beitrag gegen Lohndumping leisten: Die Auftraggeber, der Kanton und vor allem die Sozialpartner. Die Lohndumping-Initiative löst jedoch keine Probleme, deshalb ist sie am 28.2.16 konsequent abzulehnen.

**Bubenträume wahr werden lassen**

Ein unvergessliches Bahnerlebnis mit der Uetlibergbahn (S10), der steilsten Normalspur-Adhäsionsbahn Europas und der Sihltalbahn (S4): In Begleitung einer Fachperson «erfahren» Sie die beiden S-Bahn-Strecken im Führerstand und erhalten so einen exklusiven Einblick in die vielfältige Arbeitswelt eines Lokführers.

Kontakt: SZUextra, Telefon +41 44 206 45 07, [szuextra@szu.ch](mailto:szuextra@szu.ch)

**SZU**  
Sihltal Zürich Uetliberg  
Bahn

*Persönlich, lokal und fair:  
Herzlich willkommen bei der  
Raiffeisenbank Thalwil.*

[www.raiffeisen.ch/thalwil](http://www.raiffeisen.ch/thalwil)

**Raiffeisenbank Thalwil**  
mit Geschäftsstelle Adliswil  
Telefon 044 723 80 80

**RAIFFEISEN**  
Wir machen den Weg frei

Daniel Duca  
Vorsitzender der Bankleitung

**S und S**

**Architektur  
Bautreuhand  
Expertisen  
Verwaltungen**

Schellenberg & Schnoz AG  
Architekten  
Liegenschaftsverwaltung

Scherrstrasse 3  
8006 Zürich  
044 368 88 00

Bahnhofstrasse 93  
8803 Rüschlikon  
044 724 16 13

[info@sunds.ch](mailto:info@sunds.ch) [www.sunds.ch](http://www.sunds.ch)

**DEUX-PIECE  
WERBEAGENTUR**

**Werbung die wirkt.**

[www.deux-piece.ch](http://www.deux-piece.ch)  
044 772 84 37